

Wallschule wird nächsten Sommer entlastet

BILDUNG Fachausschuss stimmt Änderung der Einzugsbezirke zu – Raumproblem sorgt weiter für Druck

NWZ 09.11.17

Die Wallschule wird vierzünftig, die Holbeinschule dreizünftig. Doch zusätzliche Räume müssen geschaffen werden.

VON CHRISTOPH KOOPMEINERS

WILDESHAUSEN – Die Eltern aus den neuen Wohngebieten im Stadtwesten von Wildeshausen und die Eltern rund um den Lehmkuhlenweg müssen ihre Kinder künftig in die Holbeinschule einschulen und nicht mehr wie bislang in die Wallschule. Grund ist die Änderung der Einzugsbezirke für die Grundschulen, der der Schulausschuss am Dienstagabend einstimmig zugestimmt hat.

Die Stadt will die Wallschule (400 Kinder) entlasten. Sie ist eigentlich nur für vier Klassen pro Jahrgang zugelassen, wird aber schon seit längerem fünfzünftig betrieben. „Wir sind in der Pflicht zu handeln, weil die Raumnot an der Wallschule sehr groß ist“, erklärte der Leiter des Fachbereichs Schule in der Stadtverwaltung, Hans Ufferfilge. Die Grundschule könne ansonsten ihrem pädagogischen Auftrag nicht mehr ausreichend nachkommen.

Im nächsten Schuljahr soll die Wallschule nur noch vier statt fünf erste Klassen bilden,



VON
CHRISTOPH
KOOPMEINERS

Entscheidung muss her

Der Beschluss zur Auflösung des vor vier Jahren gegründeten Arbeitskreises Schule ist symptomatisch für das Chaos in Sachen Grundschulen: Seit Jahren wird im Stadthaus darüber diskutiert, wie die Raumnot der Grundschulen behoben werden kann. Doch bis heute ist nichts passiert.

Und noch ein Beispiel verdeutlicht, dass Rat und Verwaltung die Schulaufgaben

der Holbeinschule drei statt zwei. Da die Holbeinschule (aktuell 200 Kinder) im nächsten Sommer drei vierte Klassen entlässt, stellt sich das Raumproblem noch nicht. Doch für eine durchgängige Dreizügigkeit hat die Grundschule keinen Platz. Das unterstrich auch Schuldezernent Karl-Heinz Book. Bis zum Schuljahr 2019/2020 müsse eine Entscheidung her-

KOMMENTAR

nicht gemacht haben. Da schafft es ein CDU-Antrag vor Ablauf der Halbjahresfrist auf die Tagesordnung des Schulausschusses, obwohl der Rat erst im Juni beschlossen hatte, keine neue Grundschule im Bereich der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme zu bauen. Peinlich!

Im Sommer noch waren viele Ratsmitglieder heiß auf die Übernahme der Hunteerschule, mussten aber schnell feststellen, dass sie nicht so schnell zu haben ist wie erhofft. Und die Frage, ob sich das Objekt überhaupt als Grundschule eignet, ist noch nicht geklärt. Wahrscheinlich ist die ebenfalls unter Raumnot leidende Volkshochschule dort besser aufgehoben.

Fakt ist, dass alle drei

Die Folge der geänderten Schuleinzugsbezirke kann somit sein, dass Eltern im nächsten Sommer ein Grundschulkind zur Wallschule und eines zur Holbeinschule bringen müssen. Es besteht aber die Möglichkeit, einen Härtefallantrag zu stellen.

Die dritte Grundschule in Wildeshausen, die Sankt-Peter-Schule, hat als katholische Bekenntnisschule die gesam-

Grundschulen in der Kreisstadt zu wenig Platz haben. Neue Baugebiete bescheren der Stadt neue Familien, Migranten aus anderen EU-Ländern siedeln sich seit Jahren in der Kreisstadt an und holen ihre Kinder nach. Und die Flüchtlinge füllen die Schulen noch weiter.

Deshalb muss es die vorrangigste Aufgabe der Stadt als Schulträger sein, schnellstmöglich die Rahmenbedingungen zu verbessern und das Raumproblem zu lösen, damit die Lehrer gute Bedingungen für die aktuelle pädagogische Arbeit haben. Im Stadthaus darf nicht noch einmal vier Jahre diskutiert werden.

© Den Autor erreichen Sie unter koopmeiners@infoautor.de

te Stadt als Einzugsgebiet.

Die CDU-Fraktion begrüßt nach Aussagen von Günter Lübke die neue Grenze, um vorübergehend zu einer Entlastung zu kommen. „Die Grenze hätte schon früher geändert werden müssen.“ Der Druck, neue Schulräume zu schaffen, bleibe nach wie vor.

Matthias Kluck (SPD) merkte an, dass die Schreiben an die Eltern zur Einschul-

ungsuntersuchung schon verschickt seien. Die Untersuchungen fänden dort statt, wo die Kinder auch eingeschult werden. Die Änderung sollte für Verwirrung sorgen.

Lehrervertreter Harald Küster meinte dazu, dass diese Situation den Eltern nur schwer zu vermitteln sei.

■ Eigentlich wollte der Ausschuss auch den CDU-Antrag behandeln, nach dem die Stadtverwaltung die Kosten für den Neubau einer inklusiven Grundschule mit Ganztagsangebot einschließlich Mensa, Kinderkrippe und Kindertagesstätte sowie den Neubau einer Sporthalle ermitteln sollte. Ratsherr Manfred Rebensburg (Grüne) wies aber darauf hin, dass der Ausschuss das nicht dürfe, weil der Rat erst im Juni abgelehnt hatte, eine neue Grundschule im Bereich der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (StEM) zu bauen. Danach gilt eine halbjährige Sperrfrist. Vorher darf nicht erneut darüber beraten werden. Somit soll nun der Verwaltungsausschuss über eine vorzeitige Beratung entscheiden.

■ Übrigens: Der Ausschuss löste den vor vier Jahren gegründeten Arbeitskreis Schule auf. Er war ins Leben gerufen worden, um die Raumnot an den Grundschulen zu lösen. Eine Lösung gibt es bekanntlich bis heute nicht.